

Bekanntmachung der Stadt Kreuztal

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2010 (GV NRW S. 688), und der §§ 8 ff. des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12.04.2011 (BGBl. I S. 619), hat der Rat der Stadt Kreuztal in seiner Sitzung am 19.05.2011 die

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 64 „Auf der Pferdeweide“, im Stadtteil Buschhütten

als Satzung beschlossen.

Lage des Plangebietes:

Das Plangebiet ist rd. 8.950 qm groß. Es liegt im Süden des Stadtteils Buschhütten in einem Bereich, der im Westen von der Siegener Straße (L 908), im Norden von der Bottenbacher Straße (K 28), im Osten von der Hüttentalstraße (HTS bzw. B 54) und im Süden von der Kölsbachstraße begrenzt wird. Es liegt unmittelbar an der Straße „Auf der Pferdeweide“ und umfasst in Flur 8 die Flurstücke 273, 310, 1318, 1474, 1551 und 1596 jeweils ganz sowie die Flurstücke 1413, 1414, 1415, 1536 und 1550 jeweils anteilig.

Die als Satzung beschlossene 2. Änderung einschließlich der Begründung wird von jetzt an während der Dienststunden in Zimmer 214 des Rathauses der Stadt Kreuztal, Siegener Str. 5, 57223 Kreuztal, zu jedermanns Einsicht bereitgehalten; über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt. Der Bebauungsplan tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche wegen Planungsschäden wird hingewiesen. Die Entschädigungsansprüche sind schriftlich bei der Stadt Kreuztal zu beantragen. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die planungsbedingten Vermögensnachteile eingetreten sind, geltend gemacht wird.

Nach § 215 Abs. 1 BauGB werden unbeachtlich

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
 2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
 3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
- wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Stadt Kreuztal unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht werden. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen des Bebauungsplanes kann gem. § 7 Abs. 6 GO NRW nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) der Bebauungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Bebauungsplanbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Kreuztal vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Kreuztal, den 30. Mai 2011

Der Bürgermeister
In Vertretung
gez. Vogel